



Eidgenössische Wahlen 2015

## Befragung der Kandidierenden zum Thema Gleichberechtigung von Frau und Mann

Publikation auf [www.gleichberechtigung.ch](http://www.gleichberechtigung.ch)



Nationalratswahlen vom 18.10.2015

Kanton: SG

Liste: 16

glp Grünliberale, Hauptliste

**Jacqueline Gasser-Beck**

[www.jacquelinegasserbeck.com](http://www.jacquelinegasserbeck.com)

### Welcher Stellenwert hat die Gleichberechtigung von Frau und Mann in Ihrer politischen Arbeit?

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau hat für mich als Juristin, Partnerin und Mutter maximale Priorität.

Gleichberechtigung ist aber nicht nur eine Sache zwischen Mann und Frau, sondern soll auch transgener Personen berücksichtigen.

Als Folge der Gleichberechtigung sollen gleichgeschlechtliche Paare dieselben Rechte wie heterosexuelle Paare in den Fragen Lebensgemeinschaft (Ehe, eingetragene Partnerschaft, Ausländerstatus etc.) sowie der Fortpflanzung (In Vitro Reproduktion, Adoption, Leihmutterchaft etc.) haben.

### Was sind allgemein die Schwerpunkte Ihrer Politik?

#### **Gesellschaftspolitik**

- für eine offene und tolerante Gesellschaft und einen positiven Umgang mit Urbanisierungsherausforderungen
- für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Karriere für Frauen und Männer

#### **Liberale Umweltpolitik**

- für die „2000 W Gesellschaft“ – für einen bewussten Umgang mit Energie im Alltag (Wohnen, Mobilität, Recycling)
- für die Förderung von erneuerbaren Energien mit attraktiven Anreizsystemen

#### **Raumplanung**

- für attraktive urbane Lebensräume
- für die Eindämmung der Zersiedelung

#### **Wirtschafts- und Finanzpolitik**

- für eine offene, vernetzte Schweiz mit einer konstruktiven Europapolitik
- für einen attraktiven Innovations- und Bildungsstandort
- für ein lebendiges Gewerbe

## Allgemeine Dienstpflicht für alle anstelle der heute nur für Männer geltenden Militärdienstpflicht/Zivildienstpflicht und Zivilschutzdienstpflicht

---

Sind Sie der Auffassung, dass für Frauen und Männer grundsätzlich dieselben Rechte und Pflichten gelten sollen?

- Ja, auf jeden Fall, ich werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- Ja, ich persönlich setze mich zwar nicht aktiv dafür ein, entsprechende Vorstösse würde ich aber gerne unterstützen.
- Nein, die Militär- und Zivilschutzdienstpflicht soll weiterhin nur für Männer gelten.
- 

Anstelle der heute einseitig für Männer geltenden Militär- und Zivilschutzdienstpflicht könnte eine allgemeine Dienstpflicht für alle eingeführt werden, welche wahlweise als Militär-, Zivilschutz-, Umwelt- oder Sozialdienst geleistet werden kann. Was halten Sie davon?

- Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- Ja, ich bin genau dieser Auffassung. Ich werde mich zwar nicht aktiv dafür einsetzen, entsprechende Vorstösse aber gerne unterstützen.
- Nein, ich bin gegen eine allgemeine Dienstpflicht für alle. Die Militär- und Zivilschutzdienstpflicht sollte aber auch für Frauen gelten.
- 

## Gleichstellung bezüglich AHV-Rententalter (derzeit Frauen 64 und Männer 65), Witwen- und Witwerrente

---

Würden Sie es befürworten, wenn bei der jetzigen AHV-Revision Frauen und Männer vollständig gleichberechtigt würden sowohl bezüglich AHV-Alter wie auch bezüglich Hinterlassenenrente?

- Ja, bei der AHV soll die Gleichberechtigung jetzt auf jeden Fall vollständig umgesetzt werden.
- Ich bin vorerst nur für Gleichberechtigung beim AHV-Rententalter, die Witwenrente soll gegenüber der Witwerrente noch weitreichender bleiben.
- Ich bin gegen eine Gleichberechtigung bei der AHV, wenn dazu das Frauenrententalter erhöht werden soll.
-

## Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann

---

Das eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann ist nicht mehr zeitgemäss. Es sollte aufgehoben und dadurch Kosten eingespart werden. Was halten Sie davon?

- Ja, das Büro ist überflüssig. Zudem werden Anliegen von Frauen und von Männern dort nicht gleichermassen berücksichtigt.
- Nein, das Büro erfüllt wichtige Aufgaben.
- Es sollten individuelle Initiativen wie beispielsweise "Der Teilzeitmann - für mehr Teilzeitstellen für Männer" unterstützt werden. Gleichzeitig sind aber im Bereich Lohngleichheit Frauen noch immer auf politische Unterstützung angewiesen. Beide Geschlechter haben noch immer mit Gendermainstreaming zu kämpfen.

Halten Sie Quotenregelungen zur Verwirklichung der "tatsächlichen Gleichstellung" von Frau und Mann für sinnvoll?

- Ja, die Festlegung von Frauenquoten kann legitim sein.
- Nein, Frauenquoten stehen im Widerspruch zur Chancengleichheit.
- Untersuchungen zeigen, dass erst bei einem Anteil von ca. 30% ein Kohorten-Effekt entsteht (vgl Teilzeitstellen für Männer). Da Frauen in unterschiedlichen Gremien noch immer massiv untervertreten sind kann eine Quote Sinn machen. Das selbe wäre aber auch für Männer in Lehr- oder Pflegeberufen wünschenswert...

## Elternschaftsurlaub anstelle von Mutterschaftsurlaub

---

Der 14-wöchige Mutterschaftsurlaub könnte durch einen 14-wöchigen Elternschaftsurlaub ersetzt werden. Davon sollten die ersten 9 Wochen auf jeden Fall von der Mutter bezogen werden. Die restlichen 5 Wochen könnten auf Wunsch des Vaters auch von diesem innerhalb der ersten 14 Wochen nach der Geburt bezogen werden. Was halten Sie davon?

- Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- Ja, ich bin genau dieser Auffassung. Ich werde mich zwar nicht aktiv dafür einsetzen, entsprechende Vorstösse aber gerne unterstützen.
- Ich bin dafür, dass es zusätzlich zum 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub einen Vaterschaftsurlaub gibt.
- Nein, ich sehe keinen Handlungsbedarf, es soll beim 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub bleiben.
-

## Familien- und Scheidungsrecht

---

Kinder sollen unabhängig vom Zivilstand ihrer Eltern immer denselben Anspruch auf beide Elternteile haben. Beide Elternteile sollen in Bezug auf ihr gemeinsames Kind unabhängig vom Zivilstand immer dieselben Rechte und Pflichten haben, sofern dies das Kindeswohl nicht absolut verbietet. Beide Elternteile sollen im Familien- und Scheidungsrecht genau gleich behandelt werden. Was halten Sie davon?

- Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren in diesem Sinne einsetzen.
- Nein, die Mutter-Kind-Beziehung hat Vorrang.
- 

## Einbezug des werdenden Vaters vor einem allfälligen Schwangerschaftsabbruch im Interesse des werdenden Kindes

---

Ein werdender Vater soll im Interesse des werdenden Kindes vor einem allfälligen Schwangerschaftsabbruch nach Möglichkeit in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden. Unter plausiblen Voraussetzungen und mit strengen Verpflichtungen zur Übernahme der Sorge soll er eine Art Veto-Recht gegen die Abtreibung erhalten. Was halten Sie davon?

- Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- Ja, ich bin genau dieser Auffassung. Ich werde mich zwar nicht aktiv dafür einsetzen, entsprechende Vorstösse aber gerne unterstützen.
- Nein, ein Schwangerschaftsabbruch ist alleinige Sache der werdenden Mutter.
- Ein Abbruchsentscheid sollte immer gemeinsam gefällt werden. Väter sollten zwingend angehört werden. Dennoch trägt die Mutter ein ungleich höheres Risiko was ihre eigene Gesundheit betrifft. Auch die finanziellen Nachteile, falls der Vater nach der Geburt den Unterstützungspflichten nicht nachkommt sind ungleich grösser.

## Katholische Kirche: Frauenpriestertum, Pflichtzölibat

---

Niemand soll aufgrund des Geschlechtes von einem Beruf oder einer Tätigkeit ausgeschlossen werden dürfen. Was halten Sie davon?

- Ja, das Verbot des Frauenpriestertums ist eine unzulässige Diskriminierung und sollte von der Politik nicht einfach so hingenommen werden.
- Nein, das Verbot des Frauenpriestertums ist eine rein innerkirchliche Angelegenheit. Das geht die Politik nichts an.
- 

Niemand soll im Beruf oder bei der Tätigkeit zur Ehelosigkeit oder Kinderlosigkeit verpflichtet werden dürfen, auch nicht unter Androhung von Nachteilen. Was halten Sie davon?

- Ja, der Pflichtzölibat ist eine unzulässige Verletzung der Grundrechte und sollte von der Politik nicht einfach so hingenommen werden.
- Nein, der Pflichtzölibat ist eine rein innerkirchliche Angelegenheit. Das geht die Politik nichts an.
- 

## Verfassungsgerichtsbarkeit

---

Das Bundesgericht soll die Bundesgesetze auf deren Verfassungsmässigkeit hin überprüfen dürfen, so dass zukünftig auch die Bundesgesetze mit den direkt vom Volk erlassenen Bestimmungen der Bundesverfassung übereinstimmen, beispielsweise auch mit dem Gleichberechtigungsgebot. Was halten Sie davon?

- Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- Ja, ich bin genau dieser Auffassung. Ich werde mich zwar nicht aktiv dafür einsetzen, entsprechende Vorstösse aber gerne unterstützen.
- Nein, die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit würde nur unnötig den Handlungsspielraum der Parlamentsmitglieder einschränken.
-